

# Quo vadis US- Klima- und Energiepolitik?

Entwicklungen in der Klima- und Energie-  
politik der USA unter Trump 2.0

---

Autoren

Charlotte Unger  
Sonja Thielges

Potsdam  
Juli 2025

RIFS Discussion Paper

# Zusammenfassung

Nachdem Joe Biden der nationalen und internationalen Klimapolitik Schwung gegeben und mit der ersten Klimagesetzgebung, dem Inflation Reduction Act einen Meilenstein auf den Weg gebracht hatte, wendet sich Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit komplett vom Klimaschutz ab. Er unterstützt mit seiner Politik fossile Energieträger, sagt den erneuerbaren Energien den Kampf an und streicht Klimaschutzziele und den Großteil des IRA. Seine mit loyalen Anhängern neu besetzten Behörden setzen sein Motto 'Drill Baby, Drill' um und reduzieren (Klima-) Forschungsetats auf ein Minimum. Außenpolitisch zieht sich Trump zurück von internationalen Verpflichtungen wie dem Pariser Klimaabkommen und stoppt die Finanzierung von Klimaschutz und Entwicklungshilfe. Sein Konzept US-amerikanischer Energiedominanz wird durch Drohgebärden und Zölle untermauert.

## Summary

Joe Biden gave momentum to national and international climate policy and created a milestone with the first US climate legislation, the Inflation Reduction Act. Donald Trump is now turning his back on climate protection in his second term of office. He is supporting fossil fuels with his policies, declaring war on renewable energies and scrapping climate protection targets and the major parts of the IRA. His new administration, staffed with loyal supporters, is implementing his motto 'Drill baby, drill' and reducing (climate) research budgets to a minimum. At the foreign policy level, Trump is withdrawing from international commitments such as the Paris Climate Agreement and stopping funding for climate protection and development aid. His concept of US energy dominance is underpinned by threatening gestures and tariffs.

### Disclaimer

Diese Studie ist in einer früheren Version veröffentlicht worden: Weltenergierat – Deutschland e.V., Energie für Deutschland. Fakten, Perspektiven und Positionen im globalen Kontext | 2025, Berlin 2025 [https://www.weltenergierat.de/wp-content/uploads/2025/07/Weltenergierat-Deutschland\\_Energie-fuer-Deutschland-2025.pdf](https://www.weltenergierat.de/wp-content/uploads/2025/07/Weltenergierat-Deutschland_Energie-fuer-Deutschland-2025.pdf)

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 U.S.-KLIMA UND ENERGIEPOLITIK: EINE ACHTERBAHN</b>	<b>4</b>
1.1 Bidens Erbe	4
1.2 Trump 2.0	5
1.2.1 Abschaffung und Entkräftung von Zielen, Gesetzen und Vorschriften	5
1.2.2 Energiepolitik: Freie Fahrt für fossile Brennstoffe	6
1.2.3 Zurückrudern bei Clean Tech	7
1.2.4 Behörden und Personalien	7
1.2.5 Außenpolitik	8
<b>2 GESAMTEINSCHÄTZUNG</b>	<b>9</b>
<b>Literatur</b>	<b>10</b>
<b>Autorinnen</b>	<b>13</b>

## Abbildungen

Abbildung 1 Verhältnis von Primärenergieverbrauch, -produktion, importen und -exporten in den USA, 1949–2023	6
Abbildung 2 Herkunftsländer für LNG-Importe in die EU 2024	6
Abbildung 3 Energiequellen im Strommix der USA 2024	7

# 1 U.S.-Klima und Energiepolitik: Eine Achterbahn

Die Klima- und Energiepolitik hat in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) erhebliche Auf- und Abschwünge erlebt, die entscheidend von den jeweiligen Präsidentschaften geprägt wurden. So erschien nach der klimawandelskeptischen und für ihre Verweigerung des Kyoto-Protokolls bekannt gewordenen Präsidentschaft George W. Bushs (2001-2009) Barack Obama (2009-2017) deutlich progressiver in der Klimapolitik. Herbe Rückschläge erlitt die U.S.-Klimapolitik dann unter der ersten Präsidentschaft von Donald Trump (2017-2021). Mit Joe Biden (2021-2025) kam wieder viel Schwung in die Klimaschutzbemühungen der USA. Die im Jahr 2025 begonnene zweite Amtszeit Donald Trumps verursacht nun erneut Gegenwind für die globale Klimapolitik und richtet sich auf Energiedominanz, basierend auf fossilen Energieträgern, aus.

## 1.1 Bidens Erbe

Joe Biden legte während seiner Amtszeit in exekutiven Verfügungen eine Reihe von Klimazielen fest. Im Zuge des Wiedereintritts der USA in das Pariser Klimaabkommen 2021 setzte er das Ziel, die U.S.-Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 % bis 52 % unter das Niveau von 2005 zu senken und bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Hinzu kamen weitere sektorale Ziele. Bspw. sollten bis 2030 die Hälfte der Neuwagenverkäufe auf Nullemissionsfahrzeuge entfallen und bis 2035 die Dekarbonisierung des Stromsektors verwirklicht werden. Noch einen Monat vor seinem Amtsende verkündete Präsident Biden im Rahmen des neuen Klimaschutzbeitrags der USA für das Pariser Klimaabkommen ein Minderungsziel von 61 % bis 66 % für das Jahr 2035.

Um seine Ziele zu erreichen, setzte der demokratische Präsident Biden auf die Kaufkraft der U.S.-Bundesregierung bei der Beschaffung, bspw. von sauberem Stahl<sup>1</sup> oder CO<sub>2</sub>-armen Baustoffen. Zudem führte er über die U.S.-Umweltschutzbehörde (Environmental Protection Agency, EPA) Regulierungen zur Emissionsminderung von Kohle- und Gaskraftwerken, strenge Effizienzstandards für Fahrzeuge sowie Grenzwerte für Methanemissionen in der Öl- und Gasproduktion ein. Auch schaffte er mithilfe des U.S.-Kongresses erstmalig eine Gesetzesbasis für den Klimaschutz. Eines der prominentesten Gesetze ist in diesem Zusammenhang der *Inflation Reduction Act* (IRA). Das Gesetz sah ursprünglich finanzielle Mittel in der Höhe von 370 Mrd. USD für die Energiewende und Klimatransformation vor – zwischenzeitlich wurden die Kosten aber sogar auf bis zu 1,2 Bio. USD geschätzt (Levinson et al., 2024). Der IRA fördert u. a. erneuerbare Energien, Wasserstoff, Elektrofahrzeuge, CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) sowie -Nutzung (Carbon Capture and Utilization, CCU). Weitere wichtige klimaschutz- und energierelevante Gesetze sind zum einen der *Infrastructure Investment and Jobs Act*, welcher eine Dekarbonisierung des Stromsektors sowie den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität fördert, und zum anderen der *CHIPS and Science Act*, der eine Förderung der Halbleiterproduktion und -forschung zum Ziel hat.

Erfolge bei der Minderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen verzeichnete während Joe Bidens Amtszeit der Stromsektor, bedingt durch die Substitution von Kohle durch erneuerbare Energien und Erdgas. Die Produktion von erneuerbaren Energien stieg stetig an, doch auch die Öl- und Gasförderung in den USA erzielte neue Rekordwerte. Die neuen Klimaschutzambitionen der USA wurden von internationalen Partnern allerdings nicht uneingeschränkt begrüßt. Denn gerade der IRA beinhaltete neue *Domestic Content*-Anforderungen, die Firmen in den USA bevorzugen. Dies sorgte zeitweise für Unmut unter den europäischen Handelspartnern.

<sup>1</sup> Sauberer Stahl ist in Joe Bidens Maßnahmen Stahl mit signifikant reduzierten CO<sub>2</sub>-Emissionen, etwa durch Elektrifizierung der Produktionsprozesse, Wasserstoffnutzung und ggf. weiterer innovativer Methoden der Erzeugung und Veredelung von Stahl.

## 1.2 Trump 2.0

Bereits während seines Wahlkampfs 2024 machte der republikanische Präsident Donald Trump klar, dass von seiner Regierung erheblicher Widerstand gegen Klimaschutz und den Einsatz grüner Technologien, wie erneuerbaren Energien oder Elektroautos, zu erwarten sei. Diese Ankündigungen nahmen bereits in den ersten Tagen seiner neuen Amtszeit Gestalt an.

Während seiner ersten Amtsperiode hatte sich Donald Trump bereits skeptisch dem Klimawandel gegenüber gezeigt. Er wendete sich von der Klimapolitik ab und strich ihn von der Liste der nationalen Sicherheitsbedrohungen. Die Klimaregulierungen seines Vorgängers Barack Obama lockerte er oder schaffte sie ganz ab und setzte v. a. auf Energiepolitik mit einem Fokus auf fossile Energieproduktion. Er trat aus dem Pariser Klimaabkommen aus, strich sämtliche nationale und internationale Klimaschutz-Fördermaßnahmen und beschränkte die Handlungsmacht der EPA, indem er deren Klimaschutzabteilungen auflöste. Diese klimaskeptische Grundhaltung zeigt sich 2025 in noch erheblich stärkerem Ausmaß – zum einen, da Donald Trump dieses Mal besser vorbereitet in seine Amtszeit startete und zum anderen, da Joe Biden sehr viel mehr Klimaschutzmaßnahmen hinterließ, die abgeschafft werden können.

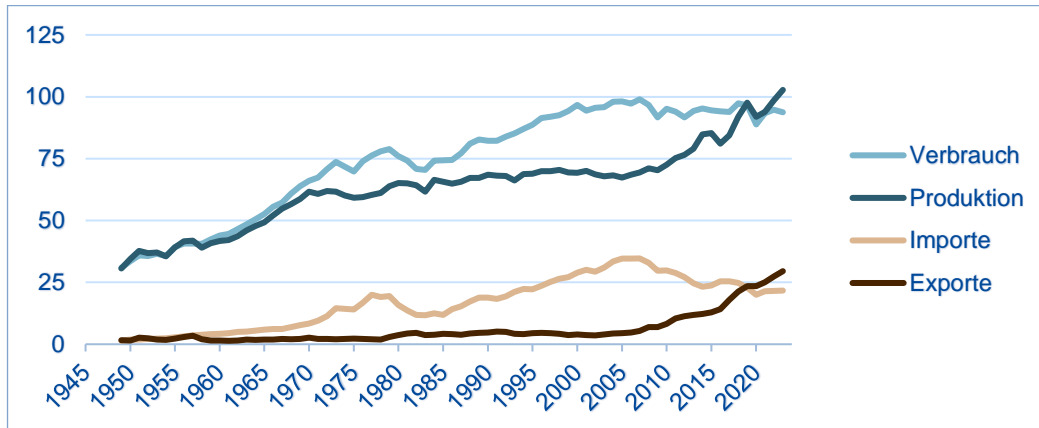
Erleichtert wird ihm dies durch die Mehrheit der republikanischen Partei in beiden Kammern des Kongresses. Sie ermöglichte es Präsident Trump bspw., im Rahmen des sog. *Congressional Review Act* Regulierungen wie die Methangebühr für Emissionen bei der Öl- und Gasproduktion, die in den letzten Monaten der Amtszeit Joe Bidens eingeführt wurde, per Resolution zu streichen (Thielges, 2024; United States Environmental Protection Agency, 2025b). Auch die konservative Mehrheit im Obersten Gerichtshof und in den Bundesgerichten ist Donald Trump wohlgesonnen – ein Zustand, der ihm bei Klagen gegen seine Maßnahmen zugutekommen könnte (Guillén, 2025).

### 1.2.1 Abschaffung und Entkräftung von Zielen, Gesetzen und Vorschriften

Bereits am Tag seiner Amtseinführung unterzeichnete Donald Trump eine Reihe von Dekreten, die eine Abkehr der USA von den erneuerbaren Energien und der Klimapolitik markieren. Außer Kraft gesetzt hat Präsident Trump in diesem Zuge bereits die Klimaziele, die von Präsident Biden gesetzt worden waren (The White House, 2025g). Donald Trump kündigte auch an, den IRA abschaffen zu wollen. Nach seinem Amtsantritt wies er zunächst die U.S.-Behörden an, die Vergabe sämtlicher Mittel des IRA zu pausieren. Die Zahlungspause zog Klagen aus verschiedenen Empfängergruppen des IRA nach sich, so dass die Zahlungen – zumindest in Teilen – vorerst wieder aufgenommen wurden.

Anfang Juli 2025 verabschiedete der Kongress schließlich den *Big Beautiful Act*, ein Gesetz, dass neben Steuersenkungen und Einwanderungsbeschränkung vor allem Kürzungen von Haushaltsmitteln im Umwelt- und Klimabereich veranlasst. In diesem Zuge gelang es der republikanischen Partei, Änderungen und Kürzungen am IRA vorzunehmen - entgegen der vorherigen Erwartungen, denn der Großteil der Gelder des IRA kommt republikanischen US-Staaten zugute (E2, 2024). So wurden bspw. sämtliche Steuergutschriften für Elektrofahrzeuge gestrichen. Wind- und Solarenergieprojekte, die nach 2027 in Betrieb genommen werden, sind nicht mehr förderfähig - ursprünglich war die Förderung im IRA für einen Zeitraum von zehn Jahren angelegt. Der Großteil der verbleibenden Gutschriften wurde mit restriktiven Bedingungen hinsichtlich chinesischer Komponenten und Unternehmen ausgestattet. Hinzugefügt wurden eine Reihe an Steuerentlastungen und niedrigere Bodennutzungsgebühren für die fossile Energieförderung. Gewissheit besteht spätestens jetzt darüber, dass die USA ihre (ehemaligen) Klimaschutzziele für 2030 verfehlen werden (Evans & Viisainen, 2024; King et al., 2024).

ABBILDUNG 1: VERHÄLTNISS VON PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH, -PRODUKTION, -IMPORTEN UND -EXPORTEN IN DEN USA, 1949–2023, IN BRITISH THERMAL UNIT (BTU)

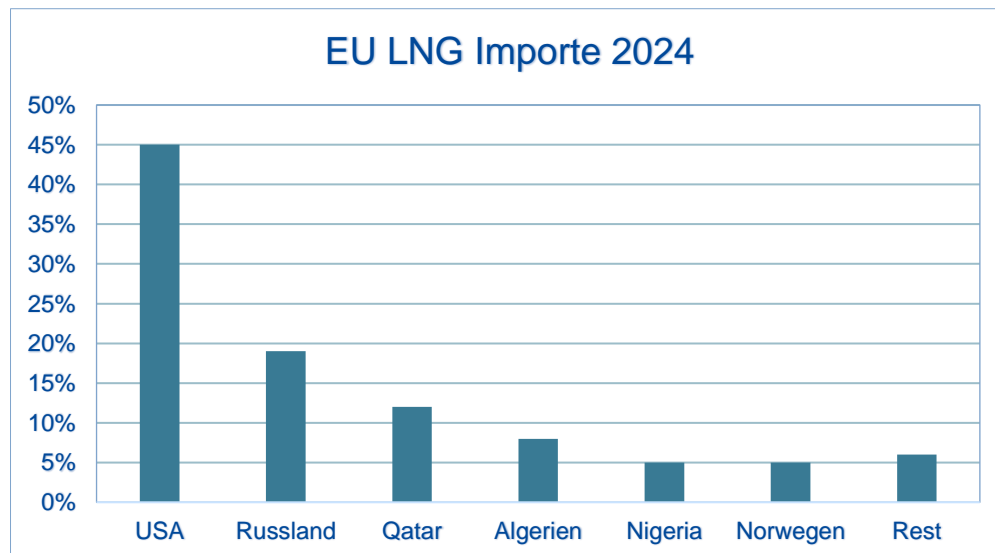


Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Daten der U.S. Energy Information Administration (U.S. Energy Information Administration, n.d.b).

### 1.2.2 Energiepolitik: Freie Fahrt für fossile Brennstoffe

Präsident Trump fokussiert sich erneut auf fossile Energien. Er benutzt ein Narrativ der Energiedominanz, der Importunabhängigkeit und Expansion der (fossilen) amerikanischen Energieproduktion: Den Slogan „Drill, baby, drill“ (Republican Party Platform) setzte er dafür bereits während des Wahlkampfes ein und wiederholte ihn seit Amtsantritt bei vielen Anlässen. Im technologieoffen anmutenden Ansatz zur Förderung von U.S.-Ressourcen und -Energien sind Wind- und Solarkraft explizit ausgenommen. Insbesondere die Produktion von Erdgas, Rohöl und Ölprodukten soll steigen, um im Inland die Energiepreise zu senken und die Exporte zu erhöhen. Die USA sind jedoch bereits heute der weltweit größte Exporteur von verflüssigtem Erdgas (Liquefied Natural Gas, LNG) und rangierten auf Rang vier der größten Erdölexporteure (The Observatory of Economic Complexity, n.d.; U.S. Energy Information Administration, n.d.a; U.S. Energy Information Administration, n.d.b).

ABBILDUNG 2: HERKUNFTSLÄNDER FÜR LNG-IMPORTE IN DIE EU 2024



Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf European LNG Tracker (Jaller-Makarewicz, 2025).

Die Europäische Union (EU) importierte 2024 45 % ihres LNGs aus den USA (Jaller-Makarewicz, 2025). Für die USA wiederum ist Europa, inkl. Türkei sowie dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, der größte Zielmarkt für LNG-Exporte (s. Abb. 2).

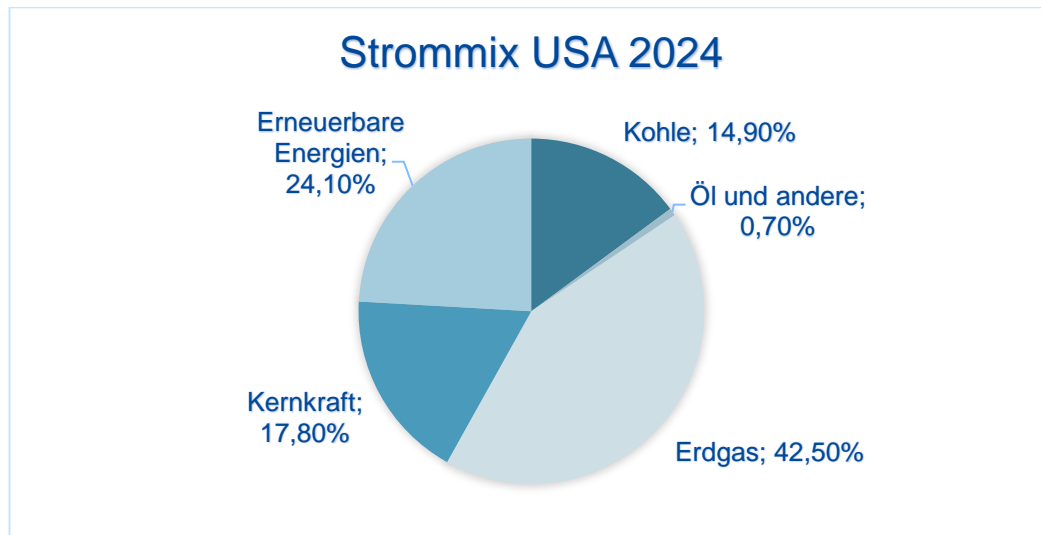
Bereits am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit rief Donald Trump den nationalen Energie-notstand im Rahmen des *National Emergencies Act* aus. So erhoffte er sich wohl, Notstandsvollmachten aus verschiedenen bestehenden Gesetzen zu nutzen, um z. B. die Freigabe von Bundesgebieten für Bohrprojekte und Minen und das Aussetzen oder Beschleunigen von Genehmigungsverfahren für Energieprojekte, durchzusetzen. Die Ausweitung

der Energieproduktion macht er damit zur Frage der nationalen und wirtschaftlichen Sicherheit der USA (The White House, 2025a). Er setzt auf Deregulierungsmaßnahmen und die Öffnung vormals geschützter Gebiete in Alaska für mögliche Öl- und Gasbohrungen.

Das U.S.-Energieministerium revidierte ein von Joe Biden erlassenes Moratorium für neue LNG-Exportlizenzen und genehmigte seit Amtsantritt bereits weitere Projekte im Rekordtempo (Department of Energy, 2025). Bei Infrastrukturprojekten – und auch in der öffentlichen Beschaffung – soll v. a. die Wirtschaftlichkeit Entscheidungen leiten, während Umwelt- und Klimaschutz keine Rolle mehr spielen. Auch die Flotten- bzw. Fahrzeugemissionsgrenzen und Abgasnormen seines Vorgängers plant Präsident Trump abschaffen und außerdem die Methanregulierung für die Öl- und Gasindustrie außer Kraft zu setzen. Schließlich hat er vor, auch mehr Kernenergieleistung über den Bau neuer Kernkraftwerke in den USA zu installieren (The White House, 2025f). Die Kernenergie genießt in den USA überparteiliche Unterstützung.

Anders als in seiner ersten Amtszeit, wendet Präsident Trump sich dieses Mal nicht nur implizit, sondern auch explizit gegen erneuerbare Energien. Einer der an Tag eins von ihm unterzeichneten Erlasse stoppt die Lizenzvergabe für neue Windenergieprojekte auf öffentlichem Land bis auf Weiteres. Einzig Geothermie und Biokraftstoffe finden in seinem Energiedominanz-Vorhaben Erwähnung (The White House, 2025e). Wie sich Donald Trumps Pläne letztendlich auf den Energiemix der USA auswirken werden, ist derzeit noch nicht absehbar.

ABBILDUNG 3: ENERGIEQUELLEN IM STROMMIX DER USA 2024



Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Daten von Ember (Jones et al., 2025).

### 1.2.3 Zurückrudern bei Clean Tech

Mit dem oben erwähnten *Big Beautiful Bill Act* wurden Anreize für grüne Technologien nun weitgehend abgeschafft. Lediglich Kernenergie, Geothermie, Batteriespeicher und CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung erhalten weiterhin etwas Förderung. Zu erwarten ist nun, dass sich die angekündigten Änderungen negativ auf grüne Investitionen und den Markthochlauf von grünen Technologien auswirken werden: Zuschüsse beim Kauf von Elektroautos und Steuererleichterungen für Automobilhersteller waren bspw. Ein wichtiger Treiber der steigenden Verkaufszahlen von Elektrofahrzeugen in den USA. Eine nachlassende Dynamik bei der Elektromobilität hätte gleichsam negative Folgen für den Batteriemarkt – einen Industriezweig, der seit Verabschiedung des IRA explosionsartigen Aufschwung erfahren hat (Bermel et al., 2025).

### 1.2.4 Behörden und Personalien

Grundsätzlich zielt Präsident Trump darauf ab, den Klimaschutz aus der Arbeit aller exekutiven Behörden zu entfernen. Dies erreicht er auch über den Einsatz von seinen Befürwortern sowie die Umstrukturierung und inhaltliche Neuausrichtung von Exekutivbehörden. Der neue Chef der Umweltbehörde EPA ist der ehemalige republikanische New Yorker Kongressabgeordnete Lee Zeldin. Unter ihm soll die Behörde sich nur noch auf Umweltschutz und öffentliche Gesundheit konzentrieren. Zeldin begann eine umfassende Deregulierungskampagne und lässt die Möglichkeit prüfen, der EPA die rechtliche Grundlage (das sog. „*Endangerment finding*“ (United States Environmental Protection Agency, 2025a)) zu entziehen, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu regulieren. Donald Trump hat bereits damit begonnen, die wissenschaftlichen Beratungsgremien zum Klimaschutz auszusetzen und die Gelder für die Klimaforschung zu stoppen.

Dem U.S.-Energieministerium (Department of Energy, DOE) steht nun Chris Wright vor, der ehemalige CEO des Energie-Konzerns Liberty Energy. Er hat den Auftrag, Präsident Trumps Drill Baby Drill-Agenda voranzutreiben. Das DOE ist ebenfalls für LNG-Exportlizenzen verantwortlich sowie für Grundlagenforschung, für Demonstrationsprojekte für industrielle Dekarbonisierung und die Unterstützung von Technologiehochläufen wie saubere Wasserstoff. Doug Burgum, ehemaliger Gouverneur von North Dakota, leitet das Innenministerium (Department of the Interior) und den neu geschaffenen Nationalen Energiedominanzrat. Er ist u. a. verantwortlich dafür, dass mehr öffentliches Land, wie etwa Naturschutzgebiete oder Offshore-Gewässer, für Bergbau und Bohrungen genutzt werden kann. Im Rahmen des Nationalen Energiedominanzrates soll er behördenübergreifend darauf hinwirken, dass Hindernisse für fossile Energieträger, wie lange Genehmigungsverfahren, abgebaut werden (Daly, 2024).

Neuer Minister im Außenministerium (Department of State) ist Marco Rubio, ehemaliger Senator von Florida. Er leugnet den Klimawandel zwar nicht, setzt nach aktuellem Stand jedoch nicht auf Emissionsreduktionen, sondern ausschließlich auf die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels. Howard Lutnick wurde zum neuen Handelsminister berufen. Da mehr als die Hälfte des Budgets des Handelsministeriums an die National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) geht, hat es erheblichen Einfluss auf die Klima- und Energiepolitik der USA. Denn die nationale Wetterbehörde liefert u. a. Daten zum Klimawandel und zu Extremwetterereignissen. Donald Trump hat bereits damit begonnen, die NOAA auf eine Minimalgröße zu reduzieren, die Finanzierung erheblich zu kürzen und die Erhebung wissenschaftlicher Daten, wie z. B. für die nationale Wetterdatenbank, zu stoppen (Freedman, 2025).

### 1.2.5 Außenpolitik

An Tag eins seiner zweiten Amtszeit unterschrieb Donald Trump den erneuten Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, der im Januar 2026 vollzogen sein wird. Für die internationale Klimapolitik hat sein Ausscheiden zum einen symbolische Relevanz und könnte zu Nachahmern unter den Vertragsstaaten führen. Zum anderen aber hat der Präsident die Streichung von dringend benötigten – und versprochenen – Finanzmitteln für den internationalen Klimaschutz angeordnet. Weder Klimafinanzierung noch Gelder für die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) sollen fließen (The White House, 2025c). Der Milliardär Michael Bloomberg hat angekündigt, zumindest die fälligen UNFCCC-Beiträge der USA zu zahlen (Kleer et al., 2025). Trump hat zudem sämtliche Entwicklungsgelder der U.S.-Behörden ausgesetzt (The White House, 2025d) die beinahe vollständige Auflösung der U.S.-Entwicklungsbehörde USAID veranlasst (Shao & Wu, 2025). Gelder für klima- und energiepolitische Projekte weltweit und insbesondere in Entwicklungsländern sind damit komplett ausgesetzt. Dies ist besonders brisant, da viele Klimaschutzversprechen und -maßnahmen in Ländern des globalen Südens an Mittel aus den Industrieländern geknüpft sind.

Präsident Trumps Energiedominanz-Strategie nimmt mehr und mehr auch außenpolitisch Gestalt an und ist hier von Drohgebärden geprägt. Wiederholt forderte Donald Trump die EU auf, durch vermehrte Importe von Öl und Gas ihren Handelsbilanzüberschuss mit den USA auszugleichen (Sheftalovich, 2025). Donald Trump setzte bereits Zölle in verschiedenen Bereichen und für alle Handelspartner an; z. B. 50 % auf Stahl und Aluminium und auf im Ausland hergestellte Autos.<sup>1</sup> Ein Handelskonflikt eskalierte bereits im Frühjahr 2025 mit China, indem Donald Trump zeitweise Zölle bis zu 145 % auf chinesische Waren durchsetzen wollte. Auch mit der EU begann eine Auseinandersetzung um die Höhe und das Ausmaß von Donald Trumps geplanten sog. reziproken Zöllen. Derzeit sind deren letztendliche Einführung, Höhe und Auswirkungen noch unklar. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Zölle einen wichtigen Einfluss auf das produzierende Gewerbe, etwa auf saubere Technologien und Elektromobilität innerhalb der USA haben, sich aber auch in der EU gesamtwirtschaftlich negativ – und damit auch auf die Klima- und Energiepolitik – auswirken werden. Durch Präsident Trumps Zollpolitik sind auch für Exporteure fossiler Energie Unsicherheiten entstanden.

Zusätzlich könnten sich weitere Elemente von Donald Trumps Außenpolitik indirekt auf die Klima- und Energiepolitik der EU auswirken: bspw. die von ihm durchgesetzte Erhöhung der Verteidigungsausgaben der North Atlantic Treaty Organization (NATO)-Mitglieder auf 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (Hesse, 2025) oder eine Reduzierung der Unterstützung für die Ukraine, die Donald Trumps im Rahmen der Verhandlungen mit Russland zur Beendigung des Krieges bereits wiederholt angedroht hat. Dies könnte negative Folgen

<sup>1</sup> Die Ankündigungen für Zölle unterliegen stark wechselnden politischen Ankündigungen, bspw. hat Donald Trump die Zölle auf Stahl und Aluminium Anfang Juli 2025 pausiert.

für die europäische Klimapolitik haben, denn die Haushaltsmittel, die für den Klimaschutz aufgebracht werden könnten, wären damit weiter begrenzt.

## 2 Gesamteinschätzung

Die ersten 100 Tage in Donald Trumps Amtszeit zeigen eine drastische Kehrtwende von der Klima- und Energiepolitik seines Vorgängers. Präsident Trump schafft seit seinem Amtsantritt Anfang 2025 erheblich mehr Unsicherheit. Er bremst die USA deutlich in ihrem bisherigen klima- und energiepolitischen Kurs und hinterlässt auf internationaler Ebene eine Führungslücke. Deutschland und die EU verlieren in diesem Kontext einen gleichgesinnten Partner. Es bleibt abzuwarten, welchen Erfolg seine Politik tatsächlich haben wird. Trumps Führungs- und Kommunikationsstil zeigen, wie schwierig es vorherzusagen ist, was er wirklich umsetzt, welche Interessen sich letztlich durchsetzen und welchen Effekt seine Politik letztendlich hat. Nichtsdestotrotz lässt sich bereits jetzt sagen, dass Trumps Politik gravierende Folgen für die globale Erwärmung, aber auch die Forschungslandschaft und politische Institutionen in den USA haben wird. Es zeigt sich bereits jetzt, dass Präsident Trump die US-amerikanische Gesellschaft noch stärker polarisiert.

Der internationale Kontext ist dieses Mal jedoch anders als noch zu seiner ersten Amtszeit. Einerseits sind in den vergangenen Jahren weltweit enorme Investitionen in erneuerbare Technologien geflossen. Mittlerweile stehen starke wirtschaftliche Interessen dahinter und der Konkurrenzdruck (v. a. aus China) ist groß. Erneuerbare Energien haben weitere Preisenkungen erfahren und machen damit ein Festhalten an fossilen Energien finanziell unattraktiver. Grundsätzlich sind viele Expertinnen und Experten auch skeptisch, ob der Markt überhaupt eine noch stärkere Produktion aus fossilen Energien begünstigt (Tollefson, 2025). Andererseits zeigt die politische Lage in der EU, dass sie momentan nur begrenzt eine klimapolitische Führungsrolle übernehmen kann. Die derzeit vorangetriebene Schwächung des Green Deal, z.B. in durch Abschwächung der Regeln zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen oder die Ergänzung des neuen 2040- Minderungsziels um internationale Zertifikate, drücken aus, wie sehr die Ansichten der EU-Mitgliedstaaten über klimapolitische Maßnahmen voneinander abweichen. Auch in Deutschland haben Mitglieder der in 2025 angetretenen Regierung die Klimaneutralitätsziele und den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien angezweifelt.

Nicht zu vernachlässigen sind außerdem die klimapolitischen Ambitionen vieler U.S.-Bundesstaaten. Beispielsweise haben fast die Hälfte der Bundesstaaten spezifische Treibhausgasreduktionsziele (Center for Climate and Energy Solutions, n.d.). Viele Entscheidungen, z. B. zu Planungs- und Genehmigungsverfahren für Produktionsstätten oder Energieeffizienzstandards für Gebäude und Erneuerbare Energie-Quoten für lokale Energieerzeuger, werden auf bundesstaatlicher Ebene getroffen. So plant etwa Kalifornien eine 100 % CO<sub>2</sub>-neutrale Stromversorgung sowie CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2045. Illinois, Minnesota und Michigan verabschiedeten vor kurzem fortschrittliche Energiegesetze. Doch auch in republikanischen Bundesstaaten wird auf sog. sauberere Technologien gesetzt. So hat etwa Texas die USA-weit größte installierte Kapazität an Erneuerbaren und Batterien (Maguire, 2025). Georgia entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem Knotenpunkt für Elektroauto- und Batterietechnologien. Präsident Trump versucht, auch die Aktivitäten der Bundesstaaten zu beschränken und hat Kalifornien bereits den sogenannten "Waiver" entzogen, der es dem Staat erlaubt, eigene Effizienzstandards für Fahrzeuge zu setzen. (The White House, 2025b). Bislang zeigten sich die progressiven U.S.-Bundesstaaten stets als Stabilitätsanker für die Klimapolitik, wenn der jeweilige US-Präsident klimapolitische Ambitionen vermissen ließ.

# Literatur

---

Bermel, L., Cummings, R., Deese, B., Delgado, M., English, L., Garcia, V., Hess, H., Houser, T., McClintock, C., Pasnau, A. & Tavarez, H. (2025) Clean Investment Monitor: Q3 2024 Update, Rhodium Group and MIT Center for Energy and Environmental Policy Research [Online]. Verfügbar unter [https://cdn.prod.website-files.com/64e31ae6c5fd44b10ff405a7/6740efdaf61924a3fc272b75\\_Clean\\_Investment\\_Monitor\\_Q32024.pdf](https://cdn.prod.website-files.com/64e31ae6c5fd44b10ff405a7/6740efdaf61924a3fc272b75_Clean_Investment_Monitor_Q32024.pdf) (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Center for Climate and Energy Solutions (n.d.) State Climate Policy Maps [Online]. Verfügbar unter <https://www.c2es.org/content/state-climate-policy/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Daly, M. (2024) "Donald Trump's call for 'energy dominance' is likely to run into real-world limits", AP News, 2024 [Online]. Verfügbar unter <https://apnews.com/article/trump-energy-dominance-burgum-oil-council-24529ef90795fb854e4eb35f75c18247> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Department of Energy (2025) President Trump Is Delivering On LNG - The Trump Administration Is Unleashing American Energy Dominance Through LNG Expansion: THANKS TO THE TRUMP ADMINISTRATION, THE JAPANESE-BASED ENERGY COMPANY, JERA, HAS MADE NEW LNG PURCHASE AGREEMENTS THAT WILL ADD NEARLY A QUARTER TRILLION DOLLARS TO THE U.S. ECONOMY AND SUPPORT MORE THAN 50,000 JOBS ANNUALLY [Online]. Verfügbar unter [https://www.energy.gov/sites/default/files/2025-06/Jera\\_LNG\\_Factsheet\\_061125.pdf](https://www.energy.gov/sites/default/files/2025-06/Jera_LNG_Factsheet_061125.pdf) (Abgerufen am 22 Juli 2025).

---

E2 (2024) Clean Economy Works | IRA Two-Year Review [Online], E2. Verfügbar unter <https://e2.org/reports/clean-economy-works-two-year-review-2024/> (Abgerufen am 22 Juli 2025).

---

Evans, S. & Viisainen, V. (2024) "Analysis: Trump election win could add 4bn tonnes to US emissions by 2030", Carbon Brief, 2024 [Online]. Verfügbar unter <https://www.carbon-brief.org/analysis-trump-election-win-could-add-4bn-tonnes-to-us-emissions-by-2030/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Freedman, A. (2025) "Trump admin ends extreme weather database that has tracked cost of disasters since 1980", CNN, 2025 [Online]. Verfügbar unter <https://edition.cnn.com/2025/05/08/climate/noaa-ends-disaster-database> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Guillén, A. (2025) "Federal judge orders immediate thaw of climate, infrastructure funds", Politico, 2025 [Online]. Verfügbar unter <https://www.politico.com/news/2025/04/15/judge-orders-immediate-thaw-of-ira-infrastructure-funds-00292111> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Hesse, S. (2025) "Trump: Fünf Prozent für Verteidigung - und wieder Drohungen", tageschau.de, 7. Januar [Online]. Verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-usa-nato-oelbohrungen-groenland-panamakanal-100.html> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Jaller-Makarewicz, A. M. (2025) European LNG Tracker [Online], Institute for Energy Economics and Financial Analysis. Verfügbar unter <https://ieefa.org/european-lng-tracker> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Jones, D., Rangelova, K., Walter, D. & Worthington, B. (2025) US Electricity 2025 Special Report: The US clean electricity transition continued as wind and solar generated more than coal for the first time. Electricity demand growth sped up and solar generation rose more quickly than gas to help meet it., Ember [Online]. Verfügbar unter <https://ember-energy.org/app/uploads/2025/03/US-Electricity-2025-Special-Report.pdf> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

King, B., Kolus, H., Gaffney, M., van Brummen, A. & Larsen, J. (2024) Trump 2.0: What's in Store for US Energy and Climate? [Online], Rhodium Group. Verfügbar unter <https://rhg.com/research/trump-2-0-whats-in-store-for-us-energy-and-climate/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Kleer, A., AFP, Reuters & dpa (2025) "Pariser Klimaabkommen: Unternehmer Bloomberg will Beiträge an UN-Klimasekretariat zahlen", DIE ZEIT, 2025 [Online]. Verfügbar unter <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2025-01/trump-pariser-klimaabkommen-un-klimabehoerde-finanzierung-bloomberg> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Levinson, A., Werner, K. D., Ashenfarb, M. & Britten, A. (2024) The Inflation Reduction Act's Benefits and Costs [Online], U.S. Department of the Treasury. Verfügbar unter <https://home.treasury.gov/news/featured-stories/the-inflation-reduction-acts-benefits-and-costs> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Maguire, G. (2025) "Texas tops US states for renewable energy and battery capacity", Reuters Media, 9. Januar [Online]. Verfügbar unter <https://www.reuters.com/business/energy/texas-tops-us-states-renewable-energy-battery-capacity-maguire-2025-01-09/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Republican Party Platform 2024 GOP PLATFORM. MAKE AMERICA GREAT AGAIN! [Online], Republican Party Platform. Verfügbar unter <https://rncplatform.donaldjtrump.com/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Shao, E. & Wu, A. (2025) "The Federal Work Force Cuts So Far, Agency by Agency", The New York Times, 2025 [Online]. Verfügbar unter <https://www.nytimes.com/interactive/2025/03/28/us/politics/trump-doge-federal-job-cuts.html> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

Sheftalovich, Z. (2025) "Trump says EU must buy \$350B of US energy to get tariff relief", Politico, 2025 [Online]. Verfügbar unter <https://www.politico.eu/article/donald-trump-says-eu-must-buy-350b-of-us-energy-to-get-tariff-relief/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

The Observatory of Economic Complexity (n.d.) Crude Petroleum: HS4 27.09 (Harmonized system 1992 for 4-digits) [Online]. Verfügbar unter <https://oec.world/en/profile/hs/crude-petroleum> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

The White House (2025a) "Declaring a National Energy Emergency", 2025 [Online]. Verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/declaring-a-national-energy-emergency/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

The White House (2025b) "Protecting American Energy From State Overreach", 2025 [Online]. Verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/04/protecting-american-energy-from-state-overreach/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

The White House (2025c) "Putting America First In International Environmental Agreements", 2025 [Online]. Verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/putting-america-first-in-international-environmental-agreements/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

The White House (2025d) "Reevaluating And Realigning United States Foreign Aid", The White House, 2025 [Online]. Verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/reevaluating-and-realigning-united-states-foreign-aid/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).

---

The White House (2025e) "Temporary Withdrawal of All Areas on the Outer Continental Shelf from Offshore Wind Leasing and Review of the Federal Government's Leasing and Permitting Practices for Wind Projects", 2025 [Online]. Verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/temporary-withdrawal-of-all-areas-on-the-outer-continental-shelf-from-offshore-wind-leasing-and-review-of-the-federal-governments-leasing-and-permitting-practices-for-wind-projects/> (Abgerufen am 16 Juli 2025).



# Autorinnen

## Dr. Charlotte Unger

Charlotte Unger ist Senior Wissenschaftliche Mitarbeiterin am RIFS und forscht zu Prozessen der globalen Klima-Governance, internationale Kooperation, Klimapolitik in Deutschland, Europa und den USA, sowie der Verknüpfung von Luftqualitäts- und Klimaschutz- Politik.

## Dr. Sonja Thielges

Sonja Thielges ist Wissenschaftlerin im Forschungscluster Klimapolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Sie forscht zu internationaler Klima- und Energiepolitik, grüner Industriepolitik und transatlantischen Klima- und Energiebeziehungen.

Am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) werden Entwicklungspfade für die globale Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft erforscht, aufgezeigt und unterstützt. Das Institut ist an das GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung angebunden und damit Teil der Helmholtz-Gemeinschaft. Der Forschungsansatz ist transdisziplinär, transformativ und ko-kreativ: Das RIFS kooperiert mit Partnern aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft um die Probleme nachhaltiger Entwicklung zu verstehen, geeignete Lösungen zu finden und diese gemeinsam mit den relevanten Akteuren und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen. Zentrale Forschungsthemen sind unter anderem die Energiewende, Klimawandel und soziotechnischer Wandel, aber auch Fragen der nachhaltigen Governance und Partizipation. Ein starkes nationales und internationales Netzwerk verbunden mit einem Fellow-Programm unterstützen das Institut.

## RIFS Discussion Paper

Juli 2025

### Kontakt:

Charlotte Unger: [charlotte.unger@rifs-potsdam.de](mailto:charlotte.unger@rifs-potsdam.de)  
Sonja Thielges: [sonja.thielges@swp-berlin.de](mailto:sonja.thielges@swp-berlin.de)

### Adresse:

Berliner Straße 130  
14467 Potsdam  
T: +49 (0) 331-28822-340  
[media@rifs-potsdam.de](mailto:media@rifs-potsdam.de)  
[www.rifs-potsdam.de](http://www.rifs-potsdam.de)

### ViSdP:

Prof. Dr. Doris Fuchs,  
Wissenschaftliche Direktorin, Sprecherin

### Redaktion:

Damian Harrison

DOI: 10.48481/rifs.2025.026

